

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Abonnementpreis für Abonnenten beträgt für In- und Ausland pro Vierteljahr 300 Mark. • • • Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg, Rosinastraße 4. • • • Telephonnummer: Berlin Amt Wilhelm 4952. • • •

Immer Rede zum Ganzen und lauch du selber kein Ganzes werden
••••• Als stehendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an •••••
„Die Ameise“ erscheint jeden Samstag.

Inserate: Die 3spaltige Zeile für Geschäftsleute 100 Mark, im Arbeitsmarkt 60 Mark. Für arbeitssuchende Mitglieder ist der Arbeitsmarkt nach wie vor frei. Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg I.

Die Lohnerhöhung abgelehnt.

Bei den letzten Lohnkämpfen der Arbeiter, Angestellten und Beamtenschaft handelte es sich nicht mehr um die Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern um den Erhalt der nacktesten Existenz. Organisierte werktätige Bevölkerung wehrt sich bei Lohnverhandlungen mit den unerbittlichen Arbeitgebern darum, nicht von der äußersten Grenze der Not zum Vegetieren herabgedrückt zu werden. Es ist also nicht um schönen Marmor, der auf der Intellektuellen genügend vorhanden ist, sondern um die Erhaltung von Millionen Arbeitskräften und ihrem Anhang, um eine soziale und volkswirtschaftliche Angelegenheit höchster Bedeutung. Will dafür das Kabinett Einigkeit finden, direkten und indirekten Anweisungen für die Durchführung, den Handel und den Verkehr in bezug auf den Arbeitsmarkt auch die Verantwortung übernehmen und Folgen tragen?

Gerade für die feinkeramische Industrie kann es nicht einleuchtend sein, ihre Werteschaffer so knapp zu halten, durchschnittlich gerade die Grenze zwischen Existieren und Vegetieren gehalten wird. Die Porzellan- und feinkeramische Arbeiterinnen leisten im Afford das Beste, das nicht einmal in normalen Zeiten bei der achtstündigen Woche erreicht worden ist. Diese außerordentliche Arbeitsintensität erfordert kräftige Ernährung, gesunde Wohnräume und günstige Einwirkungen auf das Leben. Daß da die Hungerlinie — so kann man Existenzminima der verschiedensten Art am besten bezeichnen — überschritten und mehr für die Lebenshaltung aufgewendet werden muß, ist selbstverständlich, und bei gegenwärtigen Entlohnung nicht möglich. Es muß auch die Arbeitgebersseite anerkennen. Sie muß um so mehr, weil von der Leistungsfähigkeit der Arbeiterinnen auch ihr Verdienst, das A und O ihres Seins abhängt. Anscheinend wird das jedoch infolge der Sorgen um das Wohl und Wehe der so „hochgelobten“ Arbeiterschaft völlig übersehen. Diesem Umstand entspringt auch das Vorhaben, zur Aufrechterhaltung des „Wirtschaftsfriedens“ (nach dem Michaelisgrundsatz: „Ich ist ihn auffasse“), neben den Christen in der bestehenden Lohnfrage der feinkeramischen Industrie das Arbeitsministerium anzurufen. Dieses hat als Instanz gewirkt, und das Ergebnis war gleich null. Damit wäre für unsere Kollegenchaft eigentlich alles erledigt gemacht. Es lohnt sich aber, die Verhandlungen noch etwas zu beleuchten.

Am 10. April war der „große“ Tag, an dem zum erstenmal unter Mitwirkung des Reichsarbeitsministeriums, unparteiischen Vorsitzenden, Herrn Ministerialrat Hoff, ein Spruch für die feinkeramische Industrie gesprochen wurde. Eigentlich waren fünf Parteien erschienen: die Arbeiter, die Christen und die Arbeitgeber, wir mit den beauftragten freien Organisationen die Arbeitgeber und der unparteiische Vorsitzende. Die Christen drän, dann wir. Darob herrschte den ersten eine Schulbubenfreude. Von unserer Seite — die Gruppen verhandelten allein — gab Kollege Ullmann die Begründung. Er gab dem Unparteiischen einen Überblick von dem guten Stand der feinkeramischen Industrie in den letzten Jahren, der von keinerlei Schwierigkeiten unterbrochen war, und der mißlichen Lage der Arbeiterschaft, betonte die Wirkungen der Haltung des Reichsarbeits- und Reichswirtschaftsministers zur Lösung der Arbeiter, Angestellten und Beamten und auch die Stabilisierung der Markt, sowie den Preisrückgang auf Kosten der Arbeiterschaft. Eine Belebung des Marktes sei mit der Stabilisierung der Löhne in der gegenwärtigen Höhe nicht zu erwarten. Die Ausführungsabgabe sei ein Hindernis, der Kohlenpreis herabgesetzt worden. Schon genüge als Ausgleich für die verlangte Minderstellung 25 Prozent nach oben. Ein Vergleich mit anderen Industrien lasse sich nicht begründen, da die Porzellan- und feinkeramische Industrie eine Affordindustrie ist, die auch entsprechende Gewinne habe. Die Arbeitseinschränkung sei auf eine ausgegebene Parole erfolgt.

Vom Arbeitgebervertreter, Herrn Dr. Warnke, wurde dieser Vorwurf entschieden bestritten. Die Einkünfte seien notwendig geworden, weil keine Aufträge mehr vorhanden seien. Ein Drittel der Betriebe seien kurzgefallen, vor allem die Betriebe für elektrische Artikel. Diese Industriegruppe habe auch die größte Verluste. Das Auslandsgeschäft sei nicht mehr ge-

winbringend. Es müsse der Kampf um den Auslandsabfall geführt werden. Die Läger ständen voll. Die Händler nähmen keine Ware mehr ab. Der Geldbedarf der Werke habe sich erhöht. Die Porzellanarbeiterlöhne und vor allem die der jugendlichen und weiblichen seien zu hoch. Die Angestellten hätten bei Verhandlungen verlangt, wenigstens die Löhne der Porzellanarbeiter zu erhalten. Andererseits seien die Löhne vom 21. Februar bis zum 21. März um nur 8 Prozent, die Löhne in dieser Zeit aber bedeutend mehr gestiegen. Bisher habe die feinkeramische Industrie das Allermögliche zur Erhaltung des Wirtschaftsfriedens getan. Die Löhne der Bedienen müßten unbedingt abgebaut werden.

Vom Kollegen Wollmann wurde noch entgegengehalten, daß die Parole der Betriebseinschränkung doch von irgendeiner Seite ausgegeben sei, sonst wäre sie nicht in einer Anzahl Betriebe zu spät angekündigt und Bedauern darüber ausgesprochen worden. Es könne auch der Fall sein, daß sie nicht eintreten werde. Für Porzellan werde durchschnittlich der 5000fache Friedenspreis mit besonderen Aufschlägen genommen, die Löhne der Arbeiter und Arbeiterinnen hätten nur eine durchschnittliche Steigerung vom 1440- bis 1480fachen erfahren. Wo bleibe denn der übrige Gewinn? Die Sache liege doch einwandfrei so, daß die Arbeitgeber Rücklagen hätten, ihre Arbeiter aber keine. Sie müßten doch das Fettstück angreifen. Man möge nicht glauben, daß die Beschäftigten der feinkeramischen Industrie mit geschwächter Arbeitskraft die Konkurrenz mit dem Ausland aufnehmen könnten. Vier Wochen seien nun schon die Arbeiter vertrieben worden, teilweise sei schon Vorschuß geleistet worden. Eine Zulage müsse gewährt werden, das bedinge die gegenwärtige Lage.

Nach dieser Auseinandersetzung trat das Schiedsgericht, von den Arbeitgebern: Dr. Kemmer, Dr. Rod und Dr. Blügel, und von uns: Adolf Cohen, Appel und Karl, zusammen. Nach stundenlangen Verhandlungen kam der sonderbare Spruch heraus, der besagt, daß die durch das Lohnabkommen vom 14. Februar 1923 bis zum 11. März 1923 einschließlich festgelegten Löhne bis zum 28. April gelten sollten. An Stelle der bisherigen Besatzungszulage und der für Ratingsen und Wessel getroffenen Sonderregelung wird mit Wirkung ab 12. März 1923 den in Zeitlohn beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen ohne Unterschied eine Stundenzulage von 250 Mark, den in Afford beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen eine Stundenzulage von 150 Mark gezahlt. Unsere Vertreter haben diesen Spruch nicht unterschrieben.

Alle Darstellungen unsererseits waren also zwecklos. Sie fanden nicht genügende Beachtung. Die „schwerförenden“ Arbeitgeber haben einen Sieg errungen, konnten ihn für sich buchen, weil es noch mitleidige Menschen gibt.

Wie kann aber auch die „gutbezahlte“ Arbeiterschaft von ihren „Brotgebern“ mit den vollgestopften Bilanzkonten und Sachwertvermögen eine noch bessere Entlohnung verlangen in einer Zeit, in der sogar die Lebensmittelgeschäfte veröden, weil kein Geld zum Kaufen vorhanden ist? Da liegt doch keine Notwendigkeit vor, den Arbeitern zu helfen. Jetzt muß doch erst den Unternehmern geholfen werden. Sie dürfen nichts verlieren, denn die Wirtschaft müßte daraus zugrunde gehen. Hier muß unbedingt die Arbeiterschaft als rettender Engel betreten. Also bringt ein Opfer, ihr Arbeiter und Arbeiterinnen der feinkeramischen Industrie, arbeitet zu den alten Löhnen. So oder wenigstens ähnlich mögen die Gedanken beim Entscheid des Unparteiischen mitgewirkt haben, als er für den „Wirtschaftsfrieden“ sein Urteil fällte. Es war das Urteil eines Richters, aber nicht das vorher durch Verhandeln zustandgekommene eines Schiedsrichters.

Die Kollegen und Kolleginnen werden so durch die Verhältnisse gezwungen, auf ihre Kosten einen Preisabbau und die Marktstabilisierung vorzunehmen zu lassen. Wahrlich, das ist ein Kunststück für die Industrie. Sie hat eine „schwere“ Aufgabe und dazu noch für ihre Arbeiter „Sorgen“, die aber, wie aus vorstehendem zu entnehmen ist, durch die zum Ausdruck gekommene Tätigkeit des Reichsarbeitsministeriums gemildert werden. Dem wirtschaftlich Stärkeren wird Hilfe zuteil, während der schwächere Teil das Nachsehen hat. Ist das wirtschaftsfriedliche Politik?

Sie mag dem deutschen Volke recht bedenkliche Vorteile bringen.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Der verhaltene Marktpessimismus. — Die Börse. — Feste Aktienkurse trotz Absatzstodung und Arbeitslosigkeit. — Stabilisierung der Markt und Reparationen. — Getreidehaufe. — Stille am Metallmarkt.

Die Arbeitslosigkeit und die Kurzarbeit greifen infolge der unverminderten Stodung des Warenabfalls weiter um sich. Auf diese Weise tritt das ein, was von einer Stabilisierungskrise nach den Erfahrungen anderer Länder auch für Deutschland befürchtet wurde, nämlich daß die Arbeiterschaft, die schon von der fortgeschrittenen Entlohnung der Markt auf das schwerste betroffen wurde, nun auch bei einer Stabilisierung der Marktkurse und der damit notwendig verbundenen Umstellung der Wirtschaft den wesentlichen Teil der Kosten zu tragen hat. Noch deckt die fieberhaft tätige Notendruckerei über diese Tatsache den Mantel der christlichen Nächstenliebe. Als ob aus der ungeliebten Finanzwirtschaft des Krieges nicht gelernt worden wäre, überläßt die bürgerliche Mehrzahl die Deckung der Aufwendungen für den Ruhrkrieg der so verhängnisvollen Schulschuldenwirtschaft. Es ist daher kein Wunder, daß selbst Finanzkreise, die an der Marktverschlechterung kein Interesse haben — und deren gibt es leider nicht wenige — die kommende Entwicklung in einem privatkapitalistisch günstigen, volkswirtschaftlich aber außerordentlich schädlichen Sinne beurteilen. Man rechnet so: die Markt ist zur Zeit stabilisiert, die Grundlagen der Stabilisierung aber sind durchaus schwach, besonders solange die Notendruckerei kein Ende nimmt. Solange die Welschung des Ruhrgebietes anhält, ist die Reichsbank aus außen- und innenpolitischen Gründen genötigt, an der ihr wider ihren Willen aufgezwungenen Stabilisierungspolitik festzuhalten. Wenn aber die Ruhrfrage gelöst wird, dann wird Deutschland so oder so wieder zu zahlen haben, dann wird die Markt nicht mehr zu halten sein.

Diese Grundstimmung ist es auch, die — nur roher und unüberfälliger noch — auch an der Börse immer wieder in kleineren Anfängen zur Schau den Ausschlag gibt und die bestärkt wird durch den Umstand, daß die Geldknappheit infolge der unermüdbaren Tätigkeit der Notendruckerei bereits nachgelassen hat. Soweit diese Grundstimmung sich auf den Devisenmarkt übertrug, war die Reichsbank der verstärkten Nachfrage noch immer gewachsen, und so konnte eine neue Valutaverfallung verhindert werden. Am Effektenmarkt dagegen kann sich die Nachfrage ungenügend entfalten, und hier ist der Bekanntheitsgrad, daß man sich mit dem Rückgang des Februar bereits abgefunden hat. Von einzelnen Ausnahmen abgesehen, ist die Stimmung fest, zum mindesten widerstandsfähig. Die Kurse verharren auf ihrem hohen Niveau oder steigen sogar noch. Und wenn auch richtig ist, daß der „Goldwert“ der Aktien bei den jetzigen Kursen weit unter dem des Vorkriegsstandes steht, so ist die Festigkeit der Aktienkurse doch immerhin recht auffallend im Hinblick auf die Tatsache der Absatzstodung und darauf, daß sich heute ja noch nicht übersehen läßt, welchen Verlust diese nehmen wird. Es ist eben im Grunde ein verhaltener oder künstlich niedergebaltener Marktpessimismus, der in dieser Entwicklung keinen Ausdruck findet.

Für die Arbeiterschaft ist diese Feststellung um so schmerzlicher, als die wachsenden Opfer, zu denen sie durch die Stabilisierung gezwungen ist, nutzlos veran sein würden, wenn anstatt der notwendigen Umstellung auf rationellere Methoden der Wirtschaft und der Reduktion der Preise, die letzten Endes in einem erheblichen Preisabbau gipfeln müssen, der alte Schlenker der Valutakonjunktur wieder eintreten würde. Es ist daher immerhin bemerkenswert, daß der inoffizielle Unterhändler Frankreichs, Herr Loucheur, anlässlich seiner viel-örterten Londoner Reise erklärt hat, daß die Stabilisierung der Markt die Voraussetzung für alle weiteren Schritte in der Reparationsfrage sei. Noch vor kurzem ist die Reparationskommission anderer Meinung gewesen, als sie gegen die Auflegung der Dollarkonten des Reiches Einspruch erhob. Aber auch in Frankreich wird man sich darüber klar werden müssen, daß jede Stabilisierung der Markt zur Arbeitslosigkeit verurteilt ist, wenn sie durch übermäßige Zahlungsforderungen an Deutschland wieder in einer unerträglichen Weise vorbelastet wird. Wie weit diese Erkenntnis in Frankreich bereits geblieben ist, läßt sich vorläufig noch nicht übersehen. Eine stabile Währung aber sind die Staatsfinanzen nicht zu sanieren; ohne die Sanierung der Staatsfinanzen wieder sind Garantien für internationale Anleihen, deren Ertrag Frankreich zugute kommen könnten, ohne die Last der Zahlungen in ihrer vollen Schwere schon dann auf Deutschland zu legen, wo es selbst noch der Erholung bedarf, undenkbar.

Die Warenmärkte stehen, wie bereits erwähnt, immer noch im Zeichen der Absatzstodung. Nachdem die Kohlenpreise herabgesetzt worden sind, haben einige Industrien ebenfalls Preisermäßigungen beschlossen, so daß, wie aus den verschiedenen Berechnungen der Meßziffern ersichtlich wird, auch die industriellen Rohstoffe allmählich in den Preisabbau hineingezogen werden. Allerdings sind die Preisermäßigungen fast überall derart gering, daß sie den Verarbeitern keine wesentlichen Erleichterungen gewähren. Das Gesamtiveau der Großhandelspreise zeigt jedoch keine Veränderung. Das liegt daran, daß den Preisermäßigungen am Markt der Industriestoffe, die, wie gesagt, gering sind, nicht unbedeutliche Preissteigerungen am Markt der Lebensmittel gegenüberstehen. Dem dringenden Lebensbedarf droht daraus eine neue Verteuerung. Am stärksten tritt diese Verteuerung hervor bei dem freien Getreide. So notierten an der Berliner Börse Weizen und Roggen, verglichen mit dem eingeführten Mais je 50 Hilo:

	am Weizen	Roggen	Mais	am Weizen	Roggen	Mais
2. Jan.	15 250	14 050	15 700	15. März	38 500	36 000 33 000
8. Febr.	68 500	60 750	70 000	8. April	48 000	4 500 45 500
1. März	44 500	41 500	41 000	9. „	52 750	43 500 46 500

Rüstet zum Maientag!

Der Zeitpunkt am Getreidemarkt, wo Roggen unter 30 000 Mark je Hektar käuflich war, wurde demnach rasch überwunden, und am Anfang der Woche hatte inländisches Brotgetreide den dreifachen Preisstand von Anfang Januar erheblich überschritten. Das Inlandsgetreide hat die Grenze erreicht, die durch die Weltmarktpreise gezogen ist. Sehr interessant ist ein Vergleich der Getreidepreise untereinander. Anfang Januar und selbst Anfang Februar marschierte Futtergetreide des Auslandes, hier also Mais, an der Spitze; er war teurer als selbst der Weizen. Mit dem Eintritt der Monate am Getreidemarkt und den folgenden Zwangsverkäufen wurde Mais zum billigsten Artikel, um sich dann zwischen Roggen und Weizen zu stellen. Die Spannung zwischen Roggen und Weizen war zeitweilig, so besonders am Anfang März, sehr gering und hat sich erst neuerdings wieder vergrößert. Das Roggen wesentlich billiger als Weizen ist, liegt daran, daß nordrussischer Roggen in nicht unerheblichen Mengen am Markt aufsteht. Dieser drückt auf den Weltmarktpreis. Wenn auch die Mengen vorläufig noch im Verhältnis zu dem deutschen Getreidebedarf gering sind, so ist es doch beachtlich, da diese Konkurrenz sich bereits jetzt spürbar macht. Sie wird für die Agrarier, die nur zu hohen Preisen produzieren zu können vergeben, einmal sehr unangenehm werden, dann nämlich, wenn die industrielle Produktion ergebnislos genug geworden ist, um deutsche Industrierohstoffe mit Vorteil auch bei stabiler Valuta gegen ausländische Lebensmittel einzutauschen.

Die verhältnismäßig leibhaften Preisschwankungen am Getreidemarkt treten um so lebhafter hervor, wenn man ihnen die Preise am Metallmarkt in der Zeit der Marktlähmung gegenüberstellt. Es stellen sich je Kilogramm an der Berliner Börse im Mittel:

am	Kupfer, raff.	Weiz	Zinn, roh	Zinn, Banca
8. Februar	9500	4250	5800	28 600
1. März	7350	3225	3800	22 570
15. "	6950	2800	3425	22 450
3. April	7350	2825	3062	22 250
9. "	7200	2750	3455	21 750

Nach der Stabilisierung der Mark ist also an dem Markt der Metalle, wo die Spekulation sich am stärksten der Valuta angepaßt hat, vollkommene Ruhe eingetreten, die auch durch vereinzelte Rahlungseinstellungen nicht unterbrochen wurde. Ganz geringe Schwankungen, die vom Weltmarkt oder von den geringen Veränderungen des Dollarkurses herkommen — das ist alles. In Nahrungsmitteln aber gedeiht die Preistreibe, dank der freien Wirtschaft und der noch in letzter Stunde erhöhten Umlagepreise, die den Landwirten das „Durchhalten“ ihrer Bestände ermöglicht!

Zu „Unsere eigene Sache“ und „Kritik des Verbandsbaus“.

Die Stellungnahme des Vorstandes in Nr. 13 der „Ameise“ zur Nichtnennung in unseren Mitgliederkreisen durch „direkte“ und auch „indirekte“ (!) Aufklärung Unverantwortlicher halte ich einer Würdigung wert, auch auf die Gefahr hin, daß meine Ansicht als schief betrachtet werden sollte. — Zunächst ist es höchst mißverständlich, wenn der Vorstand schreibt, daß sich in unserem Verbandsleben ein „schädlich wirkendes Treiben“ bemerkbar mache, dessen „Gefährlichkeit“ er vermeint die Spitze bieten zu müssen. Untersuchungen wir einmal, wodurch es kommt, daß der Bau des Hauses etwas derartiges zutage brachte. Kurz nach unserer letzten Generalversammlung wurden die Mitglieder damit vertraut gemacht, daß unser Vorstand und Verbandsbeirat beschlossen hätten, ein Verbandshaus zu bauen, zu dessen Finanzierung Baumarken auf freiwilligem Wege umgelegt werden sollten (laut Aufruf in der „Ameise“). Nun liegt es doch wohl ziemlich nahe, daß denkende Kollegen — es ist ja eigentlich Aufgabe des Vorstandes, uns alle zum Denken anzuregen — sich damit befassen. So wird es wohl gerade kein Wunder sein, wenn Meinungen ausgetauscht wie z. B., daß es eigentlich Aufgabe der Generalversammlung wäre, den betr. Bau zu beschließen, oder auch durch Abstimmung bzw. durch vorheriges Diskutieren in den Zahlstellen. Das letztere hätte noch den Vorteil, daß ein hinterheriges Kritizieren nicht so stattgefunden hätte. Ich bin der Meinung, daß wohl in jeder Dr-

ganisation Meinungsverschiedenheiten vorhanden sein werden. Darum könnte ja auch der Vorstand nichts dagegen haben, wenn die Mitglieder in sachlicher Form die konkreten Bedingungen aus den Erfahrungen der Vergangenheit und Gegenwart schälen, um so ihrer historischen Aufgabe gerecht zu werden. Man hätte Gelegenheit, in dem Kräfte-Artikel zu lesen, daß in einer Berliner Raßstellenversammlung über den „Bau“ diskutiert wurde, ohne daß es der Kassierer, Kollege Herden, für zweckmäßig hielt, zu sagen, daß die Maurer schon bei der Arbeit seien. Hätte sich der Vorstand in der betr. Nummer oder auch später dazu geäußert, so wäre vielleicht vieles Ver- oder vermieden worden. Die Wirkung all dieser Urteile wird nun vom Vorstand als „persönliche Triebe“ und „Anwürfe“ hingestellt, trotzdem es den Mitgliedern doch nur im freien Spiel des Meinungs-austausches gelingen kann, das so bitter notwendige einheitliche Wollen herauszukristallisieren. Das ist doch wohl die erste Bedingung für das vom Vorstand am Schluß geschriebene „Massenampfführen“. Wozu meiner Ansicht nach der Drang der Mitglieder von unten auf gehört zur tätigen Mitarbeit, und das ist, was man so gemeinlich unter Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder versteht, natürlich, ohne daß der Vorstand diesen Drang verkennt und ihn von vornherein als „schädliches“ Wirken stempelt.

Bruno Bloch, Neubaldensleben, Holzmarktstr. 9.

Anmerkung der Redaktion: Die in den vorstehenden Ausführungen zum Ausdruck gekommene Ansicht ist noch mehr als schief. Dem Kollegen diene zur Kenntnis, daß der Verbandsvorstand im weiteren wie im engeren Sinne nichts mit dem angeführten Artikel in Nr. 13 der „Ameise“ zu tun hat. Die Mitglieder des Verbandsvorstandes haben weder die Anregung gegeben, noch auf die Redaktion eingewirkt, den Aufruf so zu halten. Er enthält die Ansicht des Redakteurs, die sicher auch den Beifall vieler einflussreicher Mitglieder gefunden hat. Der Schreiber möchte doch noch einmal den Satz von dem sich schädlich auswirkenden Treiben nachlesen, dann wird er finden, daß darin ein ganz anderer Sinn liegt. Daß es wirklich schädlich für das Verbandsleben war, was mündlich und schriftlich über den Verbandsbau „ausgetauscht“ wurde und was der Kräfteartikel verurteilt hat, läßt sich nicht ganz genau in Zahlen ausdrücken. Schätzungsweise nehme ich an, daß unser Kampfbündnis um viele Millionen durch zögernde Abnahme der Baumarken geschädigt wurde. Wenn vom Kollegen B. auch wieder darauf hingewiesen wird, es sei eigentlich Aufgabe der Generalversammlung gewesen, den Bau zu beschließen, so mag ihm gesagt sein, daß erst nach der Generalversammlung die fatalsten Marktläufe kamen, die den Plan bedingten. Die günstige Umlage der Gelder ist keine außerhalb des Rahmens der Statuten liegende Angelegenheit, die einer Mitgliederabstimmung zu unterbreiten war. Dann sind doch auch die Kosten einer Mitgliederabstimmung zu berücksichtigen. Das vorherige Diskutieren in den Zahlstellen hätte auch Millionen gekostet, und was wäre wohl das Ergebnis gewesen? Können wir uns in der heutigen raschlebigen teuren Zeit eine derart

Im Frühling.

- Die grünen Wimpel sind gehst: der Frühling hat die Welt geküßt.
- Ein weißes Lämmerwolkenband umfäumt den blauen Himmelssand.
- Ein Käfer summt. Ein Dogel lockt. Ein Blütenbaum steht weiß besockt.
- Und Kinderaugen lachen blank — und Kinderlärm hallt wegentlang . . .
- Ein Arbeiter rammt Stein an Stein, gehüllt in Glanz und Sonnenchein.
- Und Freude gaukelt allerwärts — auch dir, du töricht Herz!

Die gewerkschaftlichen Bildungsbestrebungen und die Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M.

Kapitalismus und Demokratie stehen sich todsiehnig gegenüber. Das Charakteristikum unserer Zeit ist unzweifelhaft dieser Zwiespalt, die Gegenüberstellung. Erst im Sozialismus wird sich die Demokratie voll entfalten können. Was wir heute Demokratie nennen, ist erst im Anfang und vorläufig nicht mehr als eine sehr feine Bemäntelung der Klassenherrschaft der Kapitalisten.

Wohl vermögen unsere Väter, immer wieder darauf hinzuweisen, daß sich Unternehmer und Arbeiter, Kapitalisten und Proletarier gesetzlich als vollkommen freie Rechtspersonen gegenüberstehen. Dar der Sklave oder der Hörige ganz der Willkür seines Patrons und Kronvogtes ausgeliefert, so sei heute der Arbeitervertrag der Willensausdruck zweier sich vollkommen unabhängigen gegenüberstehender Rechtspersonen. Aber die Freiheit und Gleichheit ist ja eben doch nur eine juristische. Wirtschaftlich ist der Arbeiter nach wie vor ganz von dem die Produktionsmittel besitzenden Unternehmer abhängig. Und auf dem Gebiet der formalen Bildung, des Wissens haben uns diese Begüterten immer und immer wieder ihre Vorzugsstellung entgegenzusetzen gewußt. Gymnasien, Hochschulen, Akademien und Universitäten blieben der Lohnarbeiterkaste verschlossen. Sie gaben als unumschränkter Besitz der Begüterten. So wurde die Hochschulbildung zum Monopol der Besitzenden Klasse.

Um die Vergeßlichkeit der Produktionsmittel und um die Fortführung des Bildungsmonopols der Begüterten wird heute ein heftiger Kampf geführt. Für das demokratische Kapital heißt das Verteilung seiner stärksten Machtpositionen. Es dem Proletariat, mehr und mehr die Vergeßlichkeit der Produktionsmittel herbeizuführen, dann damit auch das Bildungsvorrecht der Besitzenden in sich aufzulösen. Das ist unsere Gesellschaftsentwicklung auf dem Wege zu diesem Ziele befindet, wird heute weit über unsere Reiben hinaus erkannt. Wie weit wir auf diesem Wege vorwärts gekommen sind, erkennen wir am besten am jetzigen Stand der Gesetzgebung, insbesondere auf dem Gebiet des Arbeiterrechts und unserer Bildungsbewegung.

Verstehen wir unsere Bildungsarbeit von heute mit der vor dem Kriege, so sehen wir zwei ganz verschiedene Stufen. In beiden Fällen wurde veranlaßt, daß der Arbeiter und Gewerkschaften unterrichtete. Das letztere war so-farrierte ein wenig, um hier und da einige Fortgeschrittene auf fallendem Wege zu halten. Der Staat aber tat nichts. — Wie anders heute! In der meisten Städte haben die freien Gewerkschaften autorganisierte Unterrichtsstellen eingerichtet. Einzelne Verbände halten eigene Funktionär- und Betriebsrätekurse ab. Der Metallarbeiterverband betreibt besonders intensiv die Ausbildung seiner Betriebsräte. Zahlreiche Parteinstellen oder Arbeiterbildungs-institute organisieren regelrechte Lehrgänge. Daneben laufen großzügige Kurse, wie das Kreisgewerkschaftliche Seminar in Köln, der Frankfurter Arbeiterverein, die bereits wieder eingangene Betriebsrätehochschule der Textilarbeiter in Saalfeld und die Schule für Wirtschaft und Verwaltung in Leipzig. In den größeren Orten vervollständigt sich unser Volkshochschul-

wesen mehr und mehr. In Berlin besteht die große Betriebsrätehochschule. Die Seimwoll-Hochschule „Schloß Litz“ bei Gera ist bekannt. Einzelne Jugendbünde und Gruppen veranstalteten Ferienhochschulfahrte. In Berlin und Düsseldorf wurde je eine Wirtschaftsschule errichtet und in Frankfurt a. M. besteht seit zwei Jahren die Akademie der Arbeit.

Diese Akademie, zu deren zweitem Lehrgang unser Verband (der Gemeinde- und Staatsarbeiter) wieder zwei seiner Mitglieder delegiert hatte, nimmt ohne Zweifel neben all den Bildungsrichtungen der Neuzeit eine besondere Stellung ein. Unsere „Gewerkschaft“ brachte wiederholt Artikel über das Lehrziel und die Lehrmethode dieser Hochschule, so daß hier kurz folgendes hervorgehoben werden soll: Die Akademie der Arbeit, fälschlicherweise immer wieder als Arbeiterakademie bezeichnet, ist im wahren Sinne des Wortes eine Hochschule. Hier werden keine „Parteimänner“, keine Redner oder bestimmte Propagandisten ausgebildet. Selbständiges Denken lernen, Erziehung zur Befähigung kritischen Denkens ist das große Lehrziel. Und darum ist sie mehr — und muß mehr sein als eine Parteihochschule, Betriebsrätehochschule, womit die Wichtigkeit und Zweckmäßigkeit der letzteren durchaus nicht bestritten werden soll. Witten hinein in die ewigen Fragen der Menschheit werden die Hörer gestellt. Das ganze Chaos der akademischen Lehrmeinungen und Weltanschauungen wird aufgerollt und so ein ungeheurer Stoff vor den Studierenden aufwirrt. Mühsam und beschwerlich ringt da jeder einzelne um die ureinsten Erkenntnisse. Die denkende Persönlichkeit soll am Ende dieses großartigen aufgebauten, leider im Verhältnis zum Lehrziel immer noch etwas zu kurzen Lehrganges stehen. Goethe hat einmal ausgedrückt, was heute als Leitgedanke über die Arbeit dieser Akademie weit hineinleuchtend steht:

„Die Bildung aller Persönlichkeitsbildung ist die Befähigung zur Wirklichkeit in der Gesamtheit und zugunsten der Gesamtheit.“

„Nur wieder wurde betont, die Arbeit der Akademie soll nicht eine Befriedigung rein persönlicher egoistischer Bedürfnisse sein, sondern soll ausmünden in die Stärkung des Willens zur letzten Funktion.“

Den beiden Verfassern dieses Aufsatzes war der neunmonatige Lehrgang ein großes, vielleicht das größte Erlebnis. — Wozu denn, läßt es geschult und gerüstet ins Leben des Alltags zurückzuführen, heißt sie keinen Augenblick daran denken, sich als geistig vollkommene Menschen zu fühlen, die nun alles zu bereiten und lösen zu können glauben. Nur hier ist es für sie, daß ihre Studienzeit nur ein erster Anlauf zur geistigen Arbeit gewesen ist, und zu deutlich wissen sie, daß ihrem ersten Willen und Können Grenzen gesetzt sind. Dieses Erkenntnis wird sie in erhöhtem Maße dazu anspannen, dieses Frankfurter Erlebnis umzusetzen in Arbeit, die dem allgemeinen Wohl, insbesondere aber unserer großen, schönen Aufgabe dienen soll.

„Von den hohen Bergspitzen der Wissenschaft aus sieht man das Morgenrot des neuen Tages früher als drunten im Gemühe des täglichen Lebens.“

Wir haben die Wahrheit dieses Ausspruches Lassalles begreifen gelernt und wissen, daß unser Dank für dieses schöne Frankfurter Erlebnis nur sein kann: Arbeit, unermüdete, verantwortungsvolle Arbeit für die soziale Befreiung des Proletariats, für die Vergeßlichkeit der Produktionsmittel, für den Gemeinheitsgeist und für die Zertrümmerung des bürger-

umständliche Aufmachung wegen Anlegen unserer Mittel Sachwerte leisten? Der Bau ist doch kein proletarisches Problem, das in den Massen geweckt, entwickelt und von ihnen entworfen werden soll. Darüber im freien Spiel Meinungs-austausch pflegen, ist eine absurde Idee. Der Vorstand seine Beschlüsse zum Bau des Verbandshauses kundgeben, hatte nach meinem Dafürhalten keine Veranlassung, zu irgendwelchen Äußerungen von Unberathenheit Stellung zu nehmen. Der Drang der Mitglieder von unten auf, der tätigen Mitarbeit gehört, ist nicht als schädliches Wirken in die Mittel gestempelt, sondern nur die Beeinflussung durch Dranges durch künstlich erzeugte verhängnisvolle teure Kritik. In der Angelegenheit muß festgestellt werden, daß von der Kritikerseite noch kein fruchtbringender Gedanke zur Debatte gestellt wurde. Es wäre besser, auch einmal die Lichtseite in der Entscheidung treten zu lassen — und dementsprechend zu wirken. Immer Mißtrauen und Zweifel erwecken, ist kein Kritik, sondern schädliches Wirken. Dazu haben wir weit mehr Zeit noch. Das sollten vor allem die denkenden Kollegen beachten.

Schriftverkehr bei Arbeitsuche.

Die Erfahrungen lehren einem, auch einmal die Aufmerksamkeit auf ein Gebiet zu lenken, worüber vielfach noch in der Arbeit herrscht: es ist der Schriftverkehr bei Arbeitsuche. Folgendes diene zur Beachtung:

Wenn Firmen Facharbeiter benötigen, so geben sie gewöhnlich ein Inserat in der einschlägigen Fachpresse auf, worin enthalten ist, was für Kräfte gesucht werden. Nicht immer wird dabei der Name der suchenden Firma, sondern nur eine Nummer (heißt wörtlich: Geheimchrift) in Zahlen oder Buchstaben angegeben, unter der sich der Bewerber an die Expedition, Redaktion oder an den Verlag des Blattes zu wenden hat. Es sind nicht wenige, die sich unnütze Portoaussagen machen und bei dem betreffenden Blatt, das das Inserat brachte, anfragen, wie die Firma heißt, die z. B. unter „C.“ einen Modelleinrichter sucht. Diese Anfragen sind nutzlos. Die suchende Firma wird keinem Frager mitgeteilt, nur darauf ist gewiesen, daß er sich in der üblichen Weise um die Stelle bewerben könne. Das zweimalige Porto für die Briefe hat gespart werden können. Der Frager ist aber auch sonst im Nachteil: denn andere Bewerber, die gleich ihre Gesuche an dem üblichen Wege an die Firma gerichtet haben, sind dem Nachfrager voraus. Unter den sofort eingegangenen Bewerbungen hat sie die Auswahl getroffen, ehe der umständliche Nachfrager sein Gesuch nur eingereicht hat.

Wie soll nun ein Bewerbungsschreiben abgefaßt sein? Kurz und bündig. Nicht lange Künsterleihen machen. Nicht richtig deutsch schreiben kann und kein eigenes Stilgefühl hat — unter zehn Bewerbern ist oft nur einer, der es richtig macht — nehme sich das folgende zum Muster.

Selb., den 25. Januar 1922.

Werte Firma!
Auf das Inserat unter „C. 24“ in Nr. 2 der „Ameise“ möchte ich mich um die Stelle eines Modelleinrichters bei der Geschirrbrennerei bewerben. Ich bin gegenwärtig erwerbslos und könnte sofort die Beschäftigung annehmen. Ergänzen möchte ich bemerken, daß ich im Alter von 25 Jahren bin und ledig bin. Zeugnisse in Abschrift liegen bei. Geben Sie mir bitte die Adresse der Firma in Kenntnis der Geschäftszeit. H. Rosenthal in Selb und zuletzt bei der U.-G. in Nabla.
Hochachtungsvoll

Namen, Adresse.
Wer einwandfreies Deutsch schreiben kann, für den ist es angebracht, das Bewerbungsschreiben ausführlicher zu gestalten. Auf Lohn- oder Gehaltsfrage sollte sich kein Stellungsuchender binden. Wenn er glaubt, darüber etwas im Bewerbungsschreiben anführen zu müssen, so mache er die Bemerkung: „Ich sehe als selbstverständlich voraus, daß sich meine Bezahlung nach den in der Porzellanindustrie üblichen Bedingungen und dem jeweils gültigen Lohnsatz der feinteknamigen Industrie richtet.“ Verheiratete Stellungsuchende müssen auch kurz ihre Familienverhältnisse angeben.

vor dem Kriege, so sehen wir zwei ganz verschiedene Stufen. In beiden Fällen wurde veranlaßt, daß der Arbeiter und Gewerkschaften unterrichtete. Das letztere war so-farrierte ein wenig, um hier und da einige Fortgeschrittene auf fallendem Wege zu halten. Der Staat aber tat nichts. — Wie anders heute! In der meisten Städte haben die freien Gewerkschaften autorganisierte Unterrichtsstellen eingerichtet. Einzelne Verbände halten eigene Funktionär- und Betriebsrätekurse ab. Der Metallarbeiterverband betreibt besonders intensiv die Ausbildung seiner Betriebsräte. Zahlreiche Parteinstellen oder Arbeiterbildungs-institute organisieren regelrechte Lehrgänge. Daneben laufen großzügige Kurse, wie das Kreisgewerkschaftliche Seminar in Köln, der Frankfurter Arbeiterverein, die bereits wieder eingangene Betriebsrätehochschule der Textilarbeiter in Saalfeld und die Schule für Wirtschaft und Verwaltung in Leipzig. In den größeren Orten vervollständigt sich unser Volkshochschul-

lichen Bildungsmonopols, in das mit der Akademie der Arbeit schon eine tiefe Bresche geschlagen worden ist.

R. Erhart und D. Ruppert in der „Gewerkschaft“, Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Ein beneidenswertes Land.

Die durch den Krieg und seine Folgen hervorgerufene Zerstörung der Weltwirtschaft bringt es mit sich, daß an manchen Stellen der Erde Vorräte sinn- und nutzlos verkommen, die an anderen Orten aus das bringlichste gebraucht werden. Während in Rußland Millionen verhungerten, verkaufte in den amerikanischen Ländern das Getreide. Während wir unter unseren Fleischpreisen seufzen und der Braten zu einem seltenen Lasterbissen für viele Kreise geworden ist, gibt es in Argentinien so viel Rindvieh, daß dafür überhaupt nichts mehr bezahlt wird, und daß man die jungen Kälber tötet, um die Ueberfülle zu vermindern. Von dieser Krise in der argentinischen Viehzucht berichtet Leonard Mattheis in einem Brief aus Buenos Aires an eine große deutsche Zeitung: „Die Estancieros, die Viehzüchter, die sonst die reichste und einflussreichste Gruppe in Argentinien sind, machen eine böse Zeit durch. Der Wert des Rindviehs ist so tief gesunken wie noch nie in der Geschichte der südamerikanischen Viehzucht, und die Herden, die durch treffliche Zucht nur noch aus Musterexemplaren bestanden haben sich so vermehrt, daß niemand mehr etwas zahlen will. Stiere werden zu Preisen verkauft, die höchstens noch ein Drittel des Preises von 1920 betragen, und Kühe und Kälber sind überhaupt kaum noch veräußerlich. In den letzten Wochen wurden Kühe und Pferde von 6 Schilling das Stück losgeschlagen, bei einer öffentlichen Versteigerung konnte der Auktionär Tiere einzeln überhaupt nicht mehr los werden, sondern nur in Masse sie herdenweise, wobei für eine ganze Herde weniger als zwei Pfund Sterling geboten wurden. Bei solchen Preisen werden die Viehzüchter natürlich nichts verdienen und gerät in Verwirrung. Auf seine lauten Klagen kann ihm nichts weiter entgegen zu werden, als daß das unausweichliche Gesetz von Angebot und Nachfrage walten, daß es viel zu viel Rindvieh in Argentinien gibt und daß die verarmten Europäer diese Tiere nicht kaufen können. Vor 50 Jahren und mehr, als Argentinien nicht mehr all das Rindfleisch, das er erzeugte, verkaufen konnte, als die Herden ungeheurer zunahmen und das Land Gefahr brachten, von ihnen aufzubrechen zu werden, da wirtschaftungslose Viehweiden unter dem Rindvieh angegriffen und Tiere zu Tausenden in ihren Hürden getötet. Etwas ähnlich vollzieht sich jetzt wieder in Argentinien. Ich sprach neulich mit einem Viehzüchter, der mir erzählte, daß ihm und seinen Kollegen nichts anderes übrig bliebe, Teile ihrer Herden abzuschlachten und die weitere Aufsicht einzustellen, bis die Nachfrage wieder das Angebot überwiege. „Auf einer Estancia der Nähe von mir“, sagte er, „hat der Verwaltungsbefehl erhalten, alle jungen Tiere zu töten, und jeden Morgen reitet durch die Herden und erstickt die Kälber, die in der Nacht geboren wurden. Das ist für die Lage bezeichnend.“ (Ersätere Generationen werden den Wahnsinn der heutigen Zeit nicht verstehen. Während in der einen Ecke unter Planeten Fleisch in Ueberfluß ist, herrschen in anderen Hungererepidemien und werden ganze Völkerschaften durch Unterernährung zerstört. Die Schrift.)

Aus schriftgewandte Leute, die ja die Unternehmer und ihre Angestellten sind, macht es einen ungünstigen Eindruck, wenn man aus einem ungeordneten Schriftgewirr B. oder Wehrle prima als Anfang entgegenstellt, woran sich ein fehlerhafter Inhalt und mangelhafter (eingebildete Briefschreiber sagen unverständlicher) Schluss ohne jegliche Höflichkeitsformel anschließt. Das muß beachtet werden von denen, die Fehler machen und eine Berücksichtigung ihrer Bewerbungsverfahren suchen. Diese selbst müssen mit einem freigemachten Umschlag die angegebene Stelle des Blattes geschickt, von wo sie der betreffenden Firma übermittelt werden.

Bei Arbeitsuche der Verbandsmitglieder in der „Ameise“ nicht nur der Text des Inserats an die Redaktion geschickt werden; diese schickt dann einlaufende Schreiben von arbeitenden Firmen an den bekannten Kollegen oder die Kollegin. Firmen müssen für ihre Schreiben auch das Porto bezahlen.

Bei Benutzung des Arbeitsmarktes hat sich ein eigenartiges Verhältnis im allgemeinen herausgebildet. Die Firmen suchen eher in der zuständigen Arbeiterfachpresse, sondern in den Arbeitnehmerzeitungen. Sie zwingen damit die Arbeiter, die seriöse Fachpresse zu abonnieren und dort die Stellenangebote zu beachten. Die Arbeiter sollten sich dieses Recht für ihre Presse erinnern. Bei einigermaßen Disziplin ist es möglich. Alle Gelegenheiten sollten von den organisierten Arbeitern beachtet und ausgenutzt werden; das sind sie selbst schuldig. Wo Arbeitsnachweise bestehen, müssen sie unverzüglich in erster Linie benutzt werden; denn die Eintragungen der Allgemeinheit sollen mit Rat und Tat Arbeitenden zur Seite stehen.

Wer Arbeit sucht, möchte die Anregungen beachten; sie sind ihm mandem dienlich sein.

Abänderungen des Gewerbe- und des Kaufmannsgerichtsgesetzes.

Von Friedr. Klees.

Das Reichsgesetzblatt vom 26. März 1923 enthält wieder ein Gesetz zur Abänderung der Einrichtungen der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Der Zweck ist eine weitere Anpassung der Selbstverwaltung. Erst unter dem 27. November 1922 war ähnliches Gesetz ergangen, das aber schon wieder als überholt anzusehen war.

Nach § 3 des Gewerbegerichtsgesetzes unterliegen der Zuständigkeit eines Gewerbegerichts diejenigen Gesellen, Lehrlinge, Arbeiter und Lehrlinge, auf die der siebente Titel der Verordnungsammlung Anwendung findet, und zwar ganz ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Arbeitsverdienstes. Ein Arbeiter kann, wenn die örtliche Zuständigkeit gegeben ist, vor dem Gewerbegericht immer klagen und verklagt werden, selbst wenn sein Arbeitslohn noch so hoch ist. Anders verhält es sich mit Kaufmannsgerichten, Werkmeistern und sonstigen mit höherem technischen Dienstleistungen betrauten Angestellten. Diese können eine andere Stellung infolge ein, als sie nur dann dem Gewerbegerichten klagen können, wenn ihr Jahresverdienst nicht eine bestimmte Höhe überschreitet. Diese Grenze war bei Erlaß des Gesetzes 2000 Mk., inzwischen ist sie auf 8400 Mk. erhöht worden, und zwar jetzt auf 8400 000 Mk. (acht Millionen vierhunderttausend Mark). Ähnlich verhält es sich mit dem Kaufmannsgericht. Vor diesem können auch solche Handlungsgehilfen klagen und verklagt werden, die ihrem Jahresgehalt unter einer bestimmten Grenze bleiben. Es ist jetzt ebenfalls auf 8400 000 Mk. festgesetzt worden.

Die Höhe des Jahresverdienstes gibt dabei nicht etwa das Entgelt, das der Arbeitnehmer im letzten Jahre tatsächlich bezogen hat, sondern den Betrag, den er zuletzt vor der Klageerhebung bezog, der den Jahresbetrag umzurechnen ist.

In den vor die Gewerbegerichte gehörigen Rechtsstreitigkeiten sind die Rechtsmittel stark, die in den zur Zuständigkeit der Amtsgerichte gehörigen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten liegen. Die Berufung ist jedoch nur zulässig, wenn der Streitgegenstand einen bestimmten Betrag übersteigt. Dieser ist jetzt auf 500 000 Mk. festgesetzt worden. Ist das Streitobjekt von einem geringeren Werte, entscheidet das Gewerbegericht endgültig. Gegen den Beschluß des Gewerbegerichts, der den Streitwert festsetzt, ist einfache Beschwerde zulässig. Die Berufung sowie die Beschwerde gehen an das örtlich zuständige Landgericht. Die vereinfachte Beschwerde gegen alle Beschlüsse über Festsetzung des Wertes des Streitgegenstandes ist deshalb zugelassen worden, damit nicht der Streitwert zu niedrig festsetzt. Bei den Kaufmannsgerichten ist die Berufungsgrenze ebenfalls übereinstimmend eine halbe Million festgesetzt worden.

Die der Berufung oder dem Einspruch unterliegenden Urteile sind von Amts wegen für vorläufig vollstreckbar zu erklären, wenn der Gegenstand der Verurteilung an Geld oder Wert die Summe von 12 000 Mk. nicht übersteigt. Die Berufung ist getroffen worden, damit nicht etwa der Arbeiter, durch die Klage zu seinem Recht gekommen ist, durch ein ungünstiges Berufungsurteil wieder in den Genuß seiner Rechte kommt. Die vorläufige Vollstreckbarkeit ist nicht zu sprechen, wenn glaubhaft gemacht wird, daß die Vollstreckung dem Schuldner einen nicht zu ersehenden Nachteil bringen würde. Auch kann die Vollstreckbarkeit von einer vorläufigen Sicherheitsleistung abhängig gemacht werden.

Schließlich sind die Gebühren vor den Gewerbegerichten herabgesetzt worden. Der Vorteil dieser Gerichte liegt bekanntlich darin, daß jene Gebühren nicht einheitliche, ohne Rücksicht auf die Zahl der Termine usw. zu bemessende und sehr geringe sind. Die Gebühr wird nach dem Streitwert berechnet, und kommen für je 100 Mk. 5 Mk. in Anrechnung. Die Gebühr darf jedoch 12 000 Mk. nicht übersteigen. Wird die Berufung des Rechtsstreits abgeschlossener Vergleich kommen, so wird eine Gebühr nicht erhoben, auch wenn abgelehnt worden ist.

Die sehr die Neuerungen auch zu begründen sind, so bleibt nicht unerwähnt, daß die Hauptmängel des Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetzes bestehen bleiben. Sie beruhen auf dem Umstand, daß die Gerichte noch nicht für alle Stadt- und Landgerichte obligatorisch sind und sich noch nicht auf alle Arbeiter erstrecken. Die Teilung in Gewerbe- und Kaufmannsgerichte ist ebenfalls als überholt zu bezeichnen.

Tagesereignisse.

Die bürgerliche Mehrheit des Reichstages beschloß am 1. April die Befreiung der Getreideumlage für das Wirtschaftsjahr 1923/24. Damit wird die brotverbrauchende Bevölkerung der Getreidebauern und Händler völlig ausgleichert. In Paris tagte am 12. April eine Konferenz der französischen und belgischen Minister und beschloß, daß Frankreich und Belgien entschlossen seien, die gemeinsam begonnene Ruhrblockade aufzuheben, die Deutschland zum Nachgeben zwingen ist. Eine ganze Reihe neuer Maßnahmen seien in Betracht genommen, um dieses Ziel zu erreichen.

Am Dienstag, den 10. April, wurden die 13 Opfer der russischen Schiesserei bei Krupp in Essen unter Beteiligung der hiesigen Bevölkerung zu Grabe getragen. Zu den Beerdigten 11 Erschossenen kamen noch zwei, die nachträglich starben, und ein weiterer erst in den letzten Tagen Verstorbenen. — Im Reichstag wurde aus diesem Anlaß eine Gedenkfeier veranstaltet, bei der der Reichskanzler Dr. Brüning die Rede hielt. Im Saal läuteten die Glocken.

Ein mahrender Vorschlag.

Im „Berliner Tageblatt“ vom 14. April weist Herr Geheimrat Regierungsrat Dr. Richard Freund, Vorsitzender der Landesversicherungsanstalt Berlin, bündig in einem Artikel „Arbeiterversicherung in Not!“ auf Zusammenlegung der Zweige der Arbeiterversicherung hin. Er stellt fest, daß sich das deutsche Volk in seiner Verarmung nicht mehr den Luxus gestatten könne, die Arbeiterversicherung in vier völlig voneinander getrennten Organisationen mit kostspieligen Verwaltungsapparaten durchzuführen. Die Versicherung von Angestellten und Arbeitern in getrennten Organisationen müsse in einer demokratischen Republik und vom sozialpolitischen Standpunkt aus als sinnlos bezeichnet werden. Krankenversicherung und Invalidenversicherung gehörten ihrem Wesen nach zusammen.

Neben diesem Sachmann haben Arbeitervertreter schon so manches Mal im Parlament das gleiche verlangt, aber immer wurden diese Stimmen nicht beachtet. Es wird höchste Zeit, jetzt, wo die Arbeiterversicherung vor dem Zusammenbruch steht, dem Verlangen der Betroffenen nachzukommen. Die Versicherungsgruppen sind doch nicht der Beamten wegen als Versorgungsanstalten da, sondern um den Versicherten bei Krankheit und Invalidität ein Rückhalt zu sein.

Mit dem Sparen soll doch endlich einmal Ernst gemacht werden.

Einen tätigen Anteil an öffentlichen Dingen nehmen, ist in der Neuzeit das erste, was den Geist zu großen Interessen und tiefen Betrachtungen erhebt; der erste Schritt aus den engen Bahnen der individuellen und der Familienelbstsucht; der erste Ausblick aus dem mageren Kreise der täglichen Beschäftigungen. Der Mensch, der in irgendwelchem freien Lande kein Interesse an der Politik nimmt — es sei denn, daß man ihn erzuchungsweise dazu angehalten, es nicht zu tun — muß zu unwillkürlich, zu bummelnd oder zu selbstsüchtig sein, um ein Interesse daran nehmen zu können. Und wir mögen als gewiß betrachten, daß er sich ebensowenig um irgendein anderes bekümmert, welches nicht unmittelbar seine persönlichen Verbindungen betrifft. Wer immer fähig ist, ein Gemeingefühl für seine Mitmenschen oder sein Vaterland oder seine Stadt zu hegen, der hat ein Interesse an der Politik, und ein Interesse daran zu haben, und nicht zu wünschen, daß man seine Stimme geltend macht, ist eine Unmöglichkeit.

John Stuart Mill
engl. Philosoph und Nationalökonom. 1806—1873.

Gewerkschaftliches.

Johann Reimpeters †. Der Verband der Bergarbeiter beklagt den Tod seines früheren Redakteurs, jetzigen Arbeitersekretärs für den Bezirk Oberhausen, Johann Reimpeters, geboren am 23. Oktober 1867 zu Hagenburg in der Eifel. Er lernte das Schuhmacherhandwerk und fuhr nachdem längere Zeit als Zimmer und Feizer zur See. Seit 1894 gehört er dem Verbande der Bergarbeiter Deutschlands an. Im Jahre 1901 hatte er durch seine Gewerkschaftstätigkeit sich das Vertrauen seiner Kollegen erworben, so daß er neben dem im vorigen Jahre verstorbenen Kollegen Hu in die Redaktion der „Bergarbeiter-Zeitung“ gewählt wurde. Während des Krieges übernahm er den Redaktionsführer für den Bezirk Bochum und siedelte nach dem Kriege nach Oberhausen als Arbeitersekretär über. Im Alter von 56 Jahren wurde er nach längerem qualvollen Magenleiden am Sonntag, den 1. April, von seinen Schmerzen erlöst. Einen schweren Verlust hat der Bergarbeiterverband durch seinen Tod erlitten. Mit schmerzlicher Ueberraschung werden seine vielen Freunde und Bekannten diese Trauerkunde vernehmen. Er ruhe in Frieden.

Ihr Erscheinen eingestellt. „Der Töpfer“ und die „Glaser-Zeitung“, zwei bewährte Gewerkschaftsblätter, haben am 31. März 1923 ihr Erscheinen eingestellt, weil sich deren Verhältnisse seit 1. Januar 1923 mit dem Bauergewerksbund vereinigt haben. Der „Töpfer“ hat 30 Jahre, die „Glaser-Zeitung“ 28 Jahre für die gewerkschaftlichen Ideen gewirkt. Die beiden Organe weichen der Entwicklung. Die Mitglieder tauschen dafür den „Grundstein“ ein, der die Wochenzeitschrift des Bauergewerksbundes ist. Sie werden damit zufriedener sein können.

Von der Keramikindustrie.

Dividende und Sondervergütung. Die Porzellanfabrik Welfassen Rareuther & Co., A.-G., Walsassen, hat im Jahr 1922 einen Reingewinn von 4,07 Millionen Mark erzielt, wovon 50 Proz. Dividende und 50 Proz. Sondervergütung verteilt werden. Die Abschreibungen sind uns noch nicht bekannt.

300 Mk. für die Aktie. Die Sudauer Porzellanmanufaktur zahlt für die Aktie eine Dividende von 300 Mk. In der Geschäftslage soll wie in der gesamten Porzellanindustrie ein gewisser Stillstand eingetreten sein. In der Chamotteindustrie seien die Verhältnisse etwas besser.

Brand. In der Spigafabrik (Spiga: Erste Böhmisches Porzellanindustrie, A.-G., Parlsbad) brach in der ersten Aprilwoche ein Brand aus. Ein Brennhaubeil, in dem 4 Brennöfen untergebracht waren, ging in Flammen auf. Der Schaden ist bedeutend, aber durch Versicherung gedeckt.

Preisbestimmung. Der Verband Deutscher Elektrotechnischer Fabriken gibt bekannt, daß er den Steuerzuschlag für elektrotechnisches Montage-Steinporzellan und -steatit ab 1. April auf 21 800 Proz. bis auf weiteres ermäßigt. Hingegen bleibt der Zuschlag für elektrotechnisches Installationsmaterial aus Porzellan und Steatit in Höhe von 24 000 Proz. in Kraft.

Die Ausfuhrabgabe noch weiter herabgesetzt. Die feinkeramische Industrie hat für ihre Mitglieder erreicht, daß die Ausfuhrabgabe in den letzten Tagen für Geschirre auf 1 Proz., für elektrotechnisches Porzellan auf 2 und für Luxusartikel auf 3 Proz. herabgesetzt wurde. Es wird nicht lange dauern, wird die Ausfuhrabgabe ganz fallen. Die Unternehmer erkämpfen mit ihrer Regierungsbeteiligung ein Prinzip nach dem anderen und richten Stück für Stück ihrer alten Macht ohne Selbstverträmmung zielbewußt wieder auf. Sie wissen, wie man ohne Geschrei durch Einigkeit vorwärts kommen kann. Die Arbeiterschaft sollte davon lernen.

Aus unserem Beruf.

Bezirkszahlstelle Walsenburg. Am 18. April sind es 25 Jahre, daß unser Mitglied Anton Lill, Necker, dem Verbandsmitglied beitrug. Er war in dieser Zeit ununterbrochen Mitglied, nur durch den Krieg von uns fern. Vorübergehend gerufen. Die Zahlstelle übermittelte ihm zu seinem Ehrentage herzliche Glückwünsche und ein kleines Geschenk zur Erinnerung. Möge es ihm verahnt sein, noch recht lange unser Genosse zu bleiben. Die Verwaltung.

Bromölla (Schweben). Der Kampf der schwedischen Fabrikarbeiter fand am 11. April, so wird uns berichtet, seinen herrlichen Abschluß. Mit musteraktiver Disziplin Solidarität

und Einigkeit hielten die kämpfenden während der sechswoöchigen Absperrung aus und rangen den starken Arbeitgeberverband nieder. Als im Februar der Arbeitgeberverband versuchte, die Entlohnung der Arbeiter von 60 auf 54 Tere herabzubringen, lehnte die organisierte Arbeiterschaft (Sveasta Groo od Fabrikarbeitare Förbundet) einstimmig das unerhörte Verlangen der Unternehmer ab. Bei den darauf folgenden Verhandlungen boten die Arbeitgeber 57, dann 60 und am 27. Februar 65 Tere, aber die Arbeiterschaft lehnte die Angebote einstimmig ab. Sie wurde darauf am 1. März ausgesperrt. Trotz aller Bemühungen hatte diese Hungerperle keine Erfolge. Die Ausgesperrten blieben dabei, 70 Tere zu fordern. Die Gegenpartei bot telegraphisch 67. Bei Verhandlungen am 6. April in Malmö wollten sie 68 geben, aber die Arbeitervertreter mühten auch das abzulehnen. Als sie mit Abreise drohten, sahen sich die Arbeitgeber gezwungen, 70 zu bewilligen. — Bei diesem Kampf gab es auch einige Mauerreißer, die willige Handlangerdienste verrichteten. Es kann nicht schaden, wenn ihre Namen der Arbeiterschaft bekannt werden, damit sie bei Bedarf auf sie zurückgreifen kann. Es sind: Betriebsleiter und Zehrdreher Hans Appé und Frau, Keramiker Richard Solosovsky, Modelleur Reinhardt, zuletzt Betriebsleiter in Hüttensteinach, und Josef Scherbel von Steinbach bei Sonneberg. Sie haben trotz ihrer Arbeitgeberfreundlichkeit den Sieg der Ausgesperrten nicht verhindern können, deren Zusammenhalt machte zusehends, was bezahlte Helfer nicht mit dem Verkauf ihrer Ehre erzielen konnten. — Kollegen, die in ein Arbeitsverhältnis in Bromölla einzugehen beabsichtigen, können beim Kollegen F. Kratich, Teltow (Marl), Hamburgerplatz 1, Erkundigungen einholen.

Verammlungsberichte.

Hofslau. Am 8. April tagte in Hofslau eine Bezirkskonferenz des 2. Agitationsbezirks, die von 12 Zahlstellen besetzt war. Als Gäste nahmen die Vertreter der Zahlstellen Elmshorn, Frankfurt a. d. O. und Veltin teil, außerdem die Zahlstelle Schmiedeburg begrüßt werden. Die Vertreter von Hofslau betonten, die Verbindung mit dem 2. Bezirk nicht abzubrechen. Da in dessen Bereich einige Schwesterfabriken liegen, ist für sie ein gewisses Interesse damit verbunden. Aus dem Jahresbericht des Vororts war zu ersehen, daß verschiedene Aktionen zum Teil mit gutem Erfolg geführt wurden. Aus dem Bericht der Zahlstellen war zu ersehen, daß die Verdienste große Schwankungen aufweisen. Zahlstellen in höherer Ortsklasse haben teilweise niedrigere Löhne, als die in höherer Ortsklasse. In einigen Betrieben wird Kurzarbeit geleistet, bei anderen ist solche angeordnet. Um ein genaueres Bild zu bekommen, wurde beschlossen, daß die Zahlstellen die Durchschnittsverdienstlisten einreichen, damit der Vorort eine Tabelle ausarbeiten kann, die den Zahlstellen zugestellt wird. Lebhafteste Diskussion löste Punkt 3 der Tagesordnung „Unsere gegenwärtige Lage“ aus. Fast alle Zahlstellen berichteten, daß sie nach dem Scheitern des Lohnabkommens Forderungen bei den Firmen gestellt haben, wie sie der Vorstand eingereicht hatte, zum Teil noch höhere; leider wurde alles abgelehnt. Das Verhalten der Unternehmer löste lebhafteste Entrüstung aus. Aus der Debatte, die zu dieser Sache eintrug, kam folgende Entschluß zustande: Die am 8. April in Hofslau tagende Bezirkskonferenz des 2. Agitationsbezirks, die von 12 Zahlstellen besetzt war, steht auf dem Standpunkt, daß von einem Abbau der Löhne bei den Jugendlichen keine Rede sein kann. Die Konferenz erachtet den Vorstand, der im März gestellten Forderungen von 25 Proz. unbedingt hochzuhalten und kein Zota davon abzugeben und zu versuchen, mit allen Mitteln durchzudringen.“ Sodann wurde ein Antrag der Zahlstelle Althausleben auf Erhöhung der Unterstufungen debattiert. Von einigen Delegierten wurden Bedenken erhoben, weil dadurch der Kampfbund geschwächt würde. Andererseits wurde aber darauf hingewiesen, daß die Kräfte, in welcher die Mitglieder bei Arbeitslosigkeit oder Krankheit geraten, gar nicht zu ermessen ist bei den heutigen Unterstufungen. Erwähnt wurde, daß bei einigen Verbänden die Unterstufungen für derartige Fälle höher sind. Es wurde dann beschlossen, den Vorstand und den Beirat zu ersuchen, den Multiplikator für Unterstufungen von 3 auf 6 zu erhöhen. Bei den Aufrufen für invalide und kranke Mitglieder sind fast immer die gleichen Zahlstellen, die hierzu beistimmen. Um diesem Uebelstande abzuwehren, wurde ein weiterer Antrag angenommen, vierteljährlich 1 Proz. von den Lokaleinnahmen an die Hauptkasse zu senden. Es wird dadurch viel Porto erspart und des weiteren bekommen die Betreffenden eine namhafte Summe. Auch ist der Vorstand besser in der Lage, die Fälle zu prüfen. Des weiteren wurde noch Klage darüber geführt, daß verschiedene Beitragsmarken von zu schlechter Farbe und daher kaum zu unterscheiden sind, wodurch leicht Irrtümer zum Schaden der Unterstufungen entstehen. Ebenfalls wird die Einführung der jetzigen Beitragsmarken bemängelt. Durch Fortfall der kleineren Marken werden dem Verband viele Gelder entzogen, denn die meisten Mitglieder werden den Beitrag nicht nach oben, sondern nach unten abgeben. Für die dem Bezirk entstehenden Unkosten wird der Beitrag bis auf weiteres pro Mitglied auf 3 Mk. festgesetzt. Auch die Beihilfenfrage wurde noch einer Besprechung unterzogen. Es wurde hervorgehoben, daß der Vorstand Schritte zu unternehmen habe, damit den Beihilfen unter 16 Jahren tarifliche Löhne garantiert werden.

Tiefenfurt. Die am 7. April 1923 tagende Zahlstellenversammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis vom Austritt eines einzelnen Arbeiter bei der Firma C. H. Luppold. Es wird ganz entschieden beurteilt, daß die Geschäftsleitung solche Austritte duldet. Die Versammlung erwartet von ihr für die Zukunft, solche Vorkommnisse abzuwehren. Die Arbeiterschaft steht auf dem Standpunkt, daß sich die Firma nicht um Sachen kümmert, welche außerhalb der Arbeitszeit sich ereignen, viel weniger über eine Versammlung, wo jeder das Recht hat, Uebelstände zu kritisieren. Für fernerehin verdrücken sich dies die Kollegen genannten Betriebes ganz entschieden. B.

Vermischtes.

4628 Milliarden Mark schwebende Schuld. Der Stand der schwebenden Schuld am 28. Februar 1923 betrug 4628,2 Milliarden Mark gegen 2781,3 Milliarden am 31. Januar und 2092,8 Milliarden am 31. Dezember. In dem Monat der „Marktstabilisierung“ ist also die schwebende Schuld fast auf das Doppelte oder um fast 2 Billionen gestiegen. Die Zunahme war fast ebenso groß als der Gesamtstand an schwebender Schuld am 31. Dezember 1922.

Von dieser schwebenden Schuld sind 3,5 Billionen diskontierte Reichsschatanweisungen, 294 Milliarden weitere Zahlungsverpflichtungen aus Zahlungsverpflichtungen und Schatzwechseln und 745 Milliarden Sicherheitsleistungen mit Schatzanweisungen und Staatswechseln. Hiervon 715 Milliarden für Zwecke der Reichsgetreideversorgung.

Goldverkauf. Der Verkauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt anfangs April bis auf weiteres unverändert zum Preis von 85 000 Mk. für ein Zwanzigmarkstück, 42 500 Mk. für ein Zehnmarkstück. Der Verkauf von Reichsschatanweisungen durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres unverändert zum 150fachen Betrage des Nennwertes.

Der deutsche Außenhandel im Februar. Die Inverfügbarkeit der vom Statistischen Reichsamte zusammengestellten Ergebnisse des deutschen Außenhandels im Februar ist durch den Einbruch in das Ruhrgebiet erheblich beeinträchtigt worden. Einerseits ist infolge der Besetzung der Zollämter das noch nicht zur Abfertigung an das Reichsamte gelangte Material bei der Bearbeitung ausgefallen. Andererseits können die nach der Besetzung der Zollämter zur Ein- und Ausfuhr kommenden Güter von deutscher Seite statistisch überhaupt nicht mehr erfasst werden.

Es muß deshalb nachdrücklich betont werden, daß die nachstehenden Zahlen aus diesen Gründen nur bedingten Wert haben. Aus demselben Grunde verbieten sich auch Vergleiche mit zurückliegenden Monaten. Der Lagen-Spiegel stellte sich unter obigen Vorbehalten im Februar (in 1000 Dg.) wie folgt:

Gesamt	81 661	10 961
darunter:		
Lebende Tiere	13	4
Lebensmittel und Getränke	2 643	593
Rohstoffe	24 983	4 580
Halbjährige Waren	3 132	1 871
Berzichte Waren	890	3 913

Verflechtung der deutschen Volksgemeinschaft. Die Geburten- und Sterbezahlen der deutschen Großstädte über 100 000 Einwohner werden jetzt für das ganze Jahr 1922 veröffentlicht und gestatten einen Vergleich mit den Vorjahren und ein ungefähres Urteil über die Gesundheitsverhältnisse unseres so schwer bedrohten Landes. In der „Kleinischen Wochenschrift“ wird darüber Näheres ausgeführt. Die Geburtenzahl ist sehr stark gesunken, von 20,1 auf 17,14 für 1000 Einwohner; die Gesamtsterblichkeit ist mit 13,4 auf 1000 etwas höher als 1921, aber niedriger als in den Vorjahren. 285 681 Geburten im Jahre 1922 stehen 302 434 1921 gegenüber; es sind also 16 753 weniger. Die Zahl der Sterbefälle beträgt 219 680 gegen 189 804, ist also 1922 um 29 876 gestiegen. Der Geburtenüberschuss beträgt nur noch 66 000 gegenüber 112 630 im Vorjahre. Das Jahr 1921 war in den meisten Ländern durch besonders niedrige Sterbezahlen ausgezeichnet. Daß die Sterbeziffern sich für 1922 nur verhältnismäßig wenig erhöht haben, ist aus der Witterungsverhältnisse zu erklären. Dem ungewöhnlich milden Winter 1921 folgt ein langer starker Winter 1922 gegenüber, bei dem die Erkrankungen der Atemorgane den Durchschnitt übertrafen. Dagegen war der Sommer 1921 sehr heiß und trocken, der von 1922 feucht und kühl, weshalb 1922 die Todesfälle durch Magenkatarrh und die Säuglingssterblichkeit abnahmen. Dagegen zeigt die Tuberkulose im ganzen Jahre 1922 eine Steigerung gegenüber 1921. Günstig wirkte auf die Sterblichkeitsziffer 1922 der starke Rückgang der Todesfälle an Infektionskrankheiten. Aus diesem verhältnismäßig nicht ungünstigen Ergebnis darf aber kein vorläufiger Schluss auf den guten Gesundheitszustand der Bevölkerung gezogen werden. Die Tuberkulose, die 1921 einen Tiefpunkt erreicht hatte, ist wieder in der Zunahme begriffen. Der milde Sommer hat die Todesziffern niedriger gehalten, die sonst wohl die von 1919 und 1920 überschritten hätten. Die traurigen Verhältnisse, unter denen wir heute leben, traten mit voller Wucht erst im vierten Vierteljahr hervor und werden in der Sterblichkeitsstatistik erst allmählich zum Ausdruck kommen.

Literarisches.

Der Sozialismus einst und jetzt. Im Sommerhalbjahr 1921 hat Eduard Bernstein an der Berliner Universität über die Streitfragen des Sozialismus in Vergangenheit und Gegenwart gesprochen, und diese akademischen Vorlesungen sind unter dem Titel: „Der Sozialismus einst und jetzt“ (Verlag J. S. W. Diez Nachf., G. m. b. H., Grundzahl Nr. 250 M., geb. 4 M., einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. (Die Grundzahlen müssen mit der Schlüsselzahl des Vorlesungsverzeichnisses multipliziert werden.) Das reiche geistige Leben des modernen, an den Namen von Karl Marx geknüpften Sozialismus pulst in diesen Vorträgen. Der Marxismus hebt sich zunächst scharf von dem alten, auf naturrechtlichen Spekulationen beruhenden utopischen Sozialismus ab. Der neue Sozialismus geht nicht aus der einsamen Studierstube eines der Welt entrückten Grüblers, sondern aus der kapitalistischen Wirtschaft selbst hervor. Welche starken Farben des Lebens gerade der Marxismus an sich trägt, zeigt die Bernsteinische Darstellung über die wirtschaftlichen Grundlagen dieses Systems. Marx bildete z. B. die Werttheorie Ricardos weiter, an die Bewegungsgesetze der jetzt realen kapitalistischen Wirtschaft schärfer zu erfassen. Diese Wirtschaft und die sich auf ihr aufbauende Gesellschaft analysiert Bernstein scharfsinnig; er verfolgt die Klassenbildung und Klassengliederung der Gesellschaft und behandelt eingehend die Marx'sche Lehre vom Klassenkampf und die kritischen Staatstheorien von Marx und Engels. Dem Sozialismus von einst, der nach der zutreffenden Kritik Bernsteins demokratisch ist, tritt scharf als Sozialismus „von jetzt“ der Bolschewismus gegenüber, der die wirtschaftliche Klasse, an die Marx den Sozialismus bindet, mit Gewalt zu erzwingen und sich dadurch, indem er in die Fußstapfen des despotischen Marxismus tritt, über und über mit Blut bedeckt. Das kritisch Bernstein über den Marxismus zu sagen hat, spricht er freiwillig aus, aber zugleich zeigt er in dem vor trefflichen, neu hinzugefügten Kapitel: „Das Bleibende im Marxismus“ die unüberwindlichen, der Wissenschaft sich für immer einreihenden geschichtsphilosophischen, ökonomischen und soziologischen Ideen von Karl Marx. Zusammenfassend führt er aus: „So sind denn alle drei Hauptgebiete der Marx'schen Lehre des Marxismus: Die Geschichtsphilosophie, die Analyse der kapitalistischen Gesellschaft und die Theorie des Klassenkampfes der Arbeiter, in dieser Gesellschaft im einzelnen modifiziert worden durch neuere Untersuchungen und durch die inzwischen vor sich gegangene Entwicklung der Gesellschaft selbst. In ihren Grundbegriffen ist aber die Lehre bekräftigt worden. In dem, was ihre tiefsten Gedanken anspricht, hat die Entwicklung sie bestätigt. Neu ist im Bernsteinischen Buch auch die tiefgründige Kritik des Gildensozialismus. Der Gildensozialismus in der Form der gewerkschaftlichen Produktivgenossenschaft wird nach Bernstein einst im erweiterten Tätigkeitsfeld finden, die gildensozialistische Idee dagegen, nach der sich die als Gilden konstituierten Gewerkschaften zu Herren der Wirtschaft erheben, wird von ihm als eine unwissenschaftliche und unsozialistische Utopie zurückgewiesen. Die Sozialismus „von jetzt“ muß sich mit einer dieuenden Stellung bescheiden.“

Die Bernsteinische Kritik führt von dem Ausgange des utopischen Sozialismus bis zu dem theoretischen und praktischen Sozialismus der jüngsten Gegenwart. In der sozialdemokratischen Literatur besitzen wir keine Schrift, in der sich in dieser Kürze der ganze Kernschatz des Sozialismus von einst und jetzt entfaltet.

Kommentar zum Gesetz zur Verhängung der Gewerkschaften. Von Dr. Curt Gezer und Dr. med. Julius Moses. Das Gesetz zur Verhängung der Gewerkschaften tritt demnächst in Kraft. Nach Inkrafttreten wird ein ausführlicher Kommentar des Gesetzes von Dr. Curt Gezer und Dr. med. Julius Moses, Mitglieder des Bevölkerungs-politischen Ausschusses des Reichstages, im Verlage J. S. W. Diez, G. m. b. H., Berlin S.W. 8, Lindenstr. 3, erscheinen. Die beiden Verfasser erläutern unter voll. Benützung der einschlägigen Literatur die oft schwierigen und schmerzhaft erregenden Bestimmungen des neuen Gesetzes, und zwar nach der sozialpolitischen, strafrechtlichen und zivilrechtlichen Seite hin. Der Kommentar ist nicht nur im Hinblick auf die Interessen der Gewerkschaften an dem neuen Gesetz verfaßt, wenn er auch in erster Linie der Belehrung und der Aufklärung dienen soll. Er will gleichzeitig die Juristen und vor allem die Ärzte, denen in diesem Gesetz ernste Verpflichtungen auferlegt werden, richtig, aber gründlich über die Bestimmungen des neuen Gesetzes informieren, ebenso Krankentrassenbeamte, Beamte und Angehörige von Gesundheits-, Wohlfahrts- und Jugendämtern. Er soll ferner den Parlamentariern wie den Verwaltungsbeamten in den Ländern, die zu weiteren Anträgen und an der Ausführung des Gesetzes arbeiten sollen, den Ueberblick erleichtern. Wie aus der Vorrede bekannt ist, wird die Grundzahl für den Kommentar 0,90 M. betragen, jedoch erhalten Erbschriften bei Bestellung eine 10prozentige Preisermäßigung.

Quittung

über eingekaufte Gelder vom 1. Juli bis 30. September 1922.
 Altshaldenleben 120 000; Amberg 4170,75; Annaburg 51 000; Arnstadt 2118; Arzberg 150 000; Auma 28 000; Bayreuth 15 000; Berlin 4360; Blankenburg 20 000; Bonn 56 827; Brambach 4000; Brattenborn 48 000; Breslau 43 000; Burgau 4000; Coburg 190 080; Cobitz 81 286; Darmstadt 1871,70; Drabben 200 000; Duisdorf 7000; Eisenach 900; Eisenberg 55 000; Eisleben 11 000; Elmshorn 10 000; Eilsterwerda 18 330; Emmrich 820; Farge 13 000; Fürstheim 5000; Frankfurt a. M. 40; Frankfurt a. b. O. 35 400; Frauenthal 92 000; Freiberg 66 550; Freienort 4000; Freital-Roschappel 15 733; Fürstberg, W. 27 000; Geringswalde 1000; Goldlauter 6000; Gräfenhain 67 000; Greußen 3725; Grünhain 1400; Grünstadt 20 480,30; Haulen 1500; Hennigsdorf 11 803; Hermsdorf 60 000; Hirschau 10 000; Hochstadt 7940,90; Hochtadt 8611; Hohenberg 27 225; Hornberg 8707,10; Ilmenau 230 000; Jena 12 500; Kahla 200 000; Karlstraße 10 655,18; Kaphütte 22 821,65; Kirchenlamitz 8261,65; Kloster Weiskdorf 72 000; Köln 15 849; Könnig 14 960,37; Köpplisdorf 190 000; Kronach 94 000; Krummenau 5424,70; Müps 2569; Laasdorf 4300; Lampringe 679,12; Lauf 1391; Lettin 6500; Limbach 18 692; Lützen 9000; Lubwigsburg 8000; Mäbendorf 10 000; Magd.-burg 80 000; Mainles 3000; Mannheim 14 200; Margarethenhütte 118 450; Marktzeuthen 11 805; Marktredwitz 54 200; Meiningen 2778,52; Meuselbach 9013; Meuselwitz 30 700; Mitterteich 20 090; Molsdorf 35 000; Mühlacker 1566; Mühlhausen 3846,80; Münschen 15 711; München-Glabbech 1500; Mühlstein 5508,17; Naila 2000; Neuhaldensleben 100 000; Nossen 1200; Oberhausen 1900; Oberhofen 27 000; Oelsnitz 6000; Ohr-

Beiträge müssen in Höhe eines vollen Stundenlohnes bezahlt werden! In der Woche vom 22. bis 28. April ist der 17. Beitrag fällig.

druf 15 457; Oß 158,30; Oschatz 5000; Osterode 10 356; Pausa 11 412; Pausa 1902,10; Peterwitz 1600; Planendammer 7834; Plau 32 000; Pöhlitz 8000; Pörsdorf 7479; Plötzingen 9345; Regensburg 626; Rehaun 70 000; Reichenbach 26 000; Reinsberg 18 000; Rodach 34 242,22; Roditzsch 6500; Rößlau 25 000; Rößlau 24 000; Rudolstadt 175 868; Sankt Georgen 2000; Schauenberg 7000; Scheibe 7798,30; Schirnding 30 123; Schlierbach 95 000; Schmiedeburg i. Nbg. 53 000; Schney 4500; Schönwald 95 000; Schornberg 11 800; Schramberg 11 500; Schwandorf 6238; Schwarzenbach 16 920; Schwarzenfeld 175; Schweidnitz 3178; Selb 300 000; Selb-Waldberg 20 000; Sebnitz 21 318; Sebnitzthal 2500; Sorau 14 000; Spandau 14 500; Stabilm 5535,70; Stadtlengsfeld 10 000; Staffell 20 512,40; Steinbach 4248,25; Steinwiesen 2400; Strecha 296; Sulz 9000; Teltow 40 000; Thiersheim 2293; Tiefenfurt 30 047; Tilschwitz 19 500; Tirschenreuth 38 406; Triptis 22 765,15; Uhlstädt 7000; Unterföbisch 5000; Unterweißbach 12 759,25; Velten 8237; Vohrenstrang 6123; Vordamm 35 000; Waldenburg 258 217,50; Walderhof 8000; Walldorff 30 044; Wallhausen 8000; Weiden 44 446; Weismasser 16 587; Wesel 8000; Winbisch-Gedenbach 5855,30; Wittenberg 20 903; Wunstedel 14 000; Zell 15 000; Zwickau 18 640; Zwickau, Berlin, 5,50; Postabonnenten 1476; Max Haupt, Dresden, 3500; Apel, Ilmenau, 300; Lang, Weiden, 50; Löhlein, Langenthal, 25; Seibert, Zwickau, 3750; Wiedersohn, Berlin, 1056; Zehner, Langewiesen, 300; Pöhlitz, Dresden, 1500; Geuer, Selb, 1650; Oskar Rottmann, Stabilm, 990; Kurt Rottmann 1890; Dr. Heim, Berlin, 180; Fuchs, Weis, Oberösterreich, 55; Langhammer, Wilsau, 1000; Staatl. Manufaktur Charlottenburg 40; Verband der Maschinenisten, Berlin, 16,50; Wertheim, Berlin, 3; Schulz, Charlottenburg, 2; Verband der Lithographen, Berlin, 16,50; Bergmann, Auma, 30; Krüger, Blankenburg, 30; Carlstent, Georgenthal, 20; Carlstent, Sorau, 20; Hader, Neuhaldensleben, 63; Porzellanfabrik Coburg 30; Jäger & Co., Porzellanfabrik, Marktredwitz, 80; Steingutfabrik Grünstadt 30; Strauch, Geising, 20; Rothemann & Co., Uttenfundsberg, 30; Keramische Werke Gainsdorf 30; Carl & Sohn, Cassel, 30; Weis, Ilmenau, 60; Porzellanfabrik in Finnland 70; Transportarbeiterverband Berlin 124; Thomberger & Hermann, Cobitz, 70; Porzellanfabrik Kahla, Abteilung Freiberg, 30; Filiale Hermsdorf 50; Erdmann, Ilmenau, 23,05 M.

Zusammen: 5 033 826,93 M.

Quittung

Für den verunglückten kranken Kollegen Dölling gingen noch ein: Neuhaldensleben 500.— M., Summa: 8560.— M. Die Sammlung ist geschlossen. Den Gebern besten Dank. Willy Wauerlich, Kassierer, Brambach (Vogtland).

Arbeitsmarkt.

Lebige, fleißige Steingutfreier und Gießer

von größerer Steingut- und Majolikafabrik zum sofortigen Eintritt gesucht. Bewerbungen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit, Alter und Eintrittstermin erbeten unter Nr. 49 an die Redaktion der „Ameise“.

Ein Drehwerker, ein Selderdreher

gesucht. Wegen Wohnungsmangel können nur Lebige eingestellt werden. A. G. Porzellanfabrik Rudolstadt in Rudolstadt, Thüringen.

Tüchtiger Kapoldreher, der in allen vor kommenden Arbeiten firm ist, wünscht sich zu verändern. Stellung als Ovalformer wird bevorzugt. Zuschriften unter „M. C.“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Geil. Porzellanmaler mit guten Zeugnissen sucht Stellung. Offerten nimmt die Redaktion zur Weiterbeförderung unter „R. 19“ entgegen.

Tüchtiger Maler in Hand, Wand, Staffage, Stempel, Dekor, sowie Zeichner Blumen, Landschaften (besonders Früchten) usw. a. Porzellan, Steingut und Emaille bewandert, sucht passende Stellung. Offerten werden unter „W. D.“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Scheibentöpfer, perfekt im Einziehen, Formen, Massegießen, welcher die Anfertigung der Schablonen übernehmen kann, wird für offenen Meistertypen sof. gesucht. Bewerber, welcher auch d. Glasieren, Einlegen u. Brennen versteht, erhält b. Vorzug. Es wird nur auf eine energiegelbe Persönlichkeit Wert gelegt, welche es versteht, Leute anzulernen, v. ruhigem, sachl. Wesen ist. Wertwohnen m. fr. Licht, Heizung u. Garten wird gestellt. Angebote sind zu richten an Keramische Werke, Senteinen A.-G., Lüst (S.-Pr.). (51)

Drehwerker sucht sofortige Stellung, event. mit Kapitalbeteiligung. Offerten unter „J. G.“ an b. Red. d. „Ameise“.

Zur Gründung einer kleinen Anstalt werden noch 1 bis 2 Kollegen mit etwas Kapital gesucht. Am liebsten ein Maler, welcher eigenes, dazu passendes Grundstück besitzt und über etwas Kapital verfügt. — Offerten unter „1159“ an die Redaktion der „Ameise“.

Adressenänderungen.

Düsseldorf. Vorsitzender: Hans Donck, Düsseldorf, 99 Straße 4.
 Fürstberg, Weiser. Vorsitzender: Wilhelm Schäfer, Fürstberg, Weiser, Konsum.
 Mainles. Kassierer: Ernst Walter, Burgau b. Pöhlitz.
 Meiningen. Kassierer: Ernst Geßner, Meiningen, Brunstr. 10.
 Mäbendorf. 1. Vorsitzender: Rudolf Weiß, Gölz, Poststr. 147.
 Osterode a. S. Vorsitzender: Emil Schmidt, Osterode, Spriegenhausplatz 8.

Bibliothekler!

Berlin-Charlottenburg. Es ist erforderlich, erneut hinzuweisen, daß sich die Kollegen im Abklern der unbedingten größerer Ordnung befleißigen müssen. Es ist bedauerlich, daß immer noch, trotz wiederholter Hinweise, volle Bücher, Werke und Vorlagen monatlang in einer zurückgehalten werden, so daß anderen, im Abklern pünktlich diese vorzuzustellen werden.
 Wir hoffen, daß die erneute Mahnung genügt und gleichzeitig bekannt, daß das Strafmaß für über die vorgegebene Zeit zurückgehaltene Bücher auf 125 M. für jede angefangene vier Wochen erhöht worden ist. Die Verwaltung.

Berlin-Charlottenburg. Schilbmaler. Am Himmelfahrtstag, den 10. Mai, findet unsere diesjährige Herrenpartie die Partie geht in die Gegend von Sabowa-Epöndel (Mouten). Näheres darüber folgt. Teilnehmer bitte ich, sich Montag, den 23. April, und Freitag, den 27. April, nachmittags bis 7 Uhr, im Bureau, Raunynstr., einzufinden, da beson. Feststellung der Mittagsportionen notwendig. Rücksprache in der Rahlstellenversammlung am 18. April. Hege Beteiligung erwartet. Artur Brauer, Branchenleiter.

Aufrufe!

Der erblindete Kollege A. Möber bezieht nur seine Unterrente, die zum Leben nicht hinlänglich genug ist. Die Menscheit hat schon des öfteren den Kollegen unterstützt; auch Firma bemüht sich, durch Bereitstellung einer freien Wohnung zu helfen. Aber es reicht nicht aus. Die Rahlstellen werden gebeten, die Postlage des 67jährigen zu lindern. Gelder zu senden an Anton Schlenzig, Großbubrau 16 c b Dauen (Sachsen).

Kollege Johann Schmidt, Brenner, Burggrub, ist schon Mai 1920 krank und gänzlich arbeitsunfähig. Die Rahlstellen hat ihn schon öfter unterstützt, aber es reicht nicht aus, so daß er in Not zu lindern. Wir bitten deshalb die anderen Rahlstellen, dem Kollegen in seiner misslichen Lage zu helfen. Gelder zu senden an Karl Räs, Dreher, Krummenau, G. Nr. 21. Quittung erfolgt in der „Ameise“.

Dank. Den Spendern der mit gerade am Osterfest übermittelten Unterstützung sagt recht herzlichen Dank Emil Fischer, Porzellanreher, Leipzig, Brüderstr. 11/12.

Sterbetafel.

Annaburg. Paul Höbner, Tischlereiarbeiter, geboren 19. September 1902, gestorben am 28. März an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1919.
 Dresden. Moritz Bahl, Steingutfreier, geboren 9. November 1850, gestorben am 30. März an Herzschlag. Mitglied seit 1888. — Ernst Fähnig, Tischler, geboren am 10. Mai 1851, gestorben am 5. April an Lungenleiden. Mitglied seit 1920.
 M.-Glabbech. Johann Welters, Polydromer, geboren am 27. Dezember 1907 in M.-Glabbech, gestorben am 30. März an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1921.
 Osterode a. S. Anna Webemeyer, Schilferin, geboren am 23. März 1899 an Osterode a. S., gestorben am 6. April an Tuberkulose. Mitglied seit 1919.
 Naunstein. Reinhold Müller, Dreher, geboren am 21. Januar 1864, gestorben am 31. März an Asthma. Mitglied seit 1919.
 Selb. Christiane Hertel, Bucherin, geboren am 22. September 1884 an Selb, gestorben am 27. März an Schlaganfall. Mitglied seit 1922.
 Zwickau. Max Bräunlich, Maler, geboren am 24. Februar 1859, gestorben am 7. April an Asthma und Schlaganfall. Mitglied seit 1919.
 Ehre ihren Andenken!

Geschäfts-Anzeigen.

Offer zu Tagespr. f. Dreher Zymoeca, b. St. v. 0,40—1,50 Schill. (fröh. Goldm.), klein, Levantiner, das Pilo zu 40, groß zu 60 Schill., große glatte Philippiner Elefantensöhren, das Pilo zu 6 1/2 Doll., klein, Levantiner Elefantensöhren, das Pilo zu 2 1/2 Doll., prima zu 2,40 franz. Francs, prima weiche faulst. f. f. Reef-Formschwämme, das Pilo 7 Doll., billigere feste f. f. mittelg. Harthead-Glasur- u. Garnierungsschwämme, f. f. große Hartheadschwämme für große Gefäße zu 3 1/2 Doll., unger. in deutsche Reichsmark, z. amt. Berl. Briefbörsen am Dienstagstage. Versand in kleineren und größeren Paketen. S. Michellsohn, Schwammgroßh., Berlin C. 26, Prenzlauerstr. 11.

Verkaufe

wegen Aufgabe meiner Malerei circa 250 Gramm flüssiges Poliergold von Heraeus und Wöfel in Originalpackungen zu 10 Gramm unter Tagespreis. Ebenso verschiedene Größen von Türschildern ganz preiswert. Angebote unter „W.“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Nur das Gute bricht sich Bahn!
 Offer. all. Porzell.-, Glas- u. Hüttenarbeitern meine pr. Segel-Spangenschuhe u. Turnschuhe, sowie Pantoffel m. G. ruckoberteil zu annehm. Preis. Anfr. ohne Rückporto find. Berücksichtigt. Berl. nur per Nachn. Erstes Schuhwarenverlagsgeschäft a. d. d. Plaz. Konrad Bügler, Birnbach, Kämpferstr. 11.

CHRISTOP SACK
 SCHWARZENBACH A. D. SAALE
 Import und Export von Schwämmen.
 speziell für die keramische Industrie.
 Stets großes Lager in sämtlichen vornehmenden Sorten. Muster bereitwilligst. Fernsprecher Nr. 17

Serausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandter Arbeiter und Arbeiterinnen.
 Verlag: Edwin Henniger, Charlottenburg, Rosinenstr. 11.
 Druck: C. Jantschewski, Berlin S.O., Elisabethufer 28.